

Dresdner Volkszeitung

Vollständigste: Leipzig. Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Redaktion: Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Frangos monatlich 1.75 R. Durch die Post bezogen vierteljährlich 5.25 R., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 8.00 R. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung. Redaktion: Weitznerplatz 10. Tel. 25291. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Weitznerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr abends. Inseratenpreis: die 7 gespaltene Komparatzeile 50 Pf., davon 40 Prozent Zuerstveröffentlichung, bei Familienanzeigen die Zeile 60 Pf. (ohne Briefkopf). Inserate sind im Voraus zu bezahlen. Eine Verpfändung zur Aufnahme an ungelieferten Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefverfertigung 30 Pf.

Nr. 119. Dresden, Montag den 26. Mai 1919. 30. Jahrg.

Bittere Lehren.

Die Kohlennot nimmt täglich bedrohlichere Formen an. Die Reichs-Telegraphische Bureau übermittelt den Zeitungen folgendes Situationsbild:

Die Kohlennot nimmt immer bedrohlichere Formen an. Die südlichen Gas- und Elektrizitätswerke haben demnach zum großen Teil nur noch Vorräte für wenige Stunden. Ein Umkreis des Reichs-Telegraphischen Bureau, die wegen des Kohlenmangels im Plawener Elektrizitätswerk schon zum zweiten Male gezwungen ist, die gesamte technische Herstellung auf die nächsten acht Tage zu verschieben. Die Sachverständigen auf dem Gebiete der Kohlenversorgung erklären eine Katastrophe zumal im kommenden Winterhalbjahr für unvermeidlich, wenn die südlichen Elektrizitätswerke nicht in der Lage sind, innerhalb der nächsten acht Wochen eine Reserve großen Umfangs aufzufüllen. Von Ende Juli an ist der Seerantausport genügender Kohlenmengen zu erwarten, die mit dem Versand der Waare zusammenhängen, nicht mehr möglich. Es muß alles geschehen, um eine Katastrophe zu verhindern.

Es sieht sehr schlimm mit unserer Zukunft, wenn jetzt nicht einmal so lebenswichtige Betriebe wie Gas- und Elektrizitätswerke mit Feuerung versorgt werden können. Die Schuld daran liegt teils an der Entente, teils beim deutschen Volk selbst. Durch die Besetzung des Saarreviers und Ober-Schlesiens sind uns wichtige Kohlenquellen verschlossen worden. Der Vertrag von Versailles wirkt damit schwere Schatten voraus. Auch Böhmen liefert nicht mehr, wahrheitsgemäß, weil die deutschen Lieferungen ausbleiben beginnen. Trotz alledem hätte Deutschland Kohlennot nicht derartig katastrophal aufschwellen müssen, wenn wichtige Quellen nicht durch sorglose Streiks verstopft worden wären. Wie uns vom sächsischen Wirtschaftsministerium mitgeteilt wird, sind die Vorräte des Lugau-Oelsnitzer Reviers infolge der letzten Streiks nahezu vollständig erschöpft. Da der Kohlenhand nicht zum Ziele führte, haben unabhängig-partialisierende Gekereien dafür gesorgt, daß die Kohlenförderung durch passive Resistenz andauernd behindert bleibt. Noch jetzt, angeblickt einer Kohlennot, die uns mit der Hungerkatastrophe bedroht, sind verantwortungslose Elemente bemüht, die sächsischen Bergarbeiter zu neuen Sinnlosigkeiten zu treiben. Neue Forderungen werden aufgestellt: 25 R. Schichtlohn, 500 R. Entschädigungsgelder und Bezahlung der Streiktage des letzten Jahres.

Wir fordern strenge Forderungen, die die unabhängig-partialisierenden Streikposten des Bergarbeitervolks aus den Gruben zu treiben, sowie der Belagerungszustand aufgehoben ist. Angesichts der Kohlennot, die unsere Industrie, die Wirtschaft, die gesamte Arbeiterschaft bedroht, sind solche Vorgehensweisen verwerflich, und die Verlängerung des Belagerungszustands, so wenig er uns gefällt, erscheint unter solchen Umständen unvermeidlich. Der besonnene Teil der Arbeiterschaft sollte sich schon darum überall mit aller Energie gegen das wilde Drauflosstreifen kehren.

Wir haben seit den ersten Wochen des November davor gewarnt, die Revolution zu einer Streikbewegung zu machen und soziale Forderungen mit Mitteln zu verteidigen, die der gesamten Arbeiterschaft ins Fleisch schneiden. Heute, wo wir vor der drohenden Schließung der Licht- und Kraftwerke stehen, wird jeder Einsichtige erkennen, daß unsere Vermutungen sichhaltig waren, als uns dies hier kam. Auch die neue Wählerlei im Lugau-Oelsnitzer Revier richtet sich unmittelbar gegen die Interessen der Arbeiterschaft, und wenn die Verdickung das heute noch nicht einsehen sollte, so ist ihr nicht mehr zu helfen.

Vor einigen Wochen beschuldigten sich das Leipziger Kommunistenblatt Die rote Fahne und die Leipziger Volkszeitung der politischen Dummheit. Alle Generalstreiks der letzten Monate seien sinnlos gewesen. Aufschluß brachte die Arbeiterschaft nicht weiter, alle diese unabhängig-partialisierenden Aktionen seien Straßbergende gewesen — so gestanden die beiden Blätter. Nur wollte jeder der revolutionärsüchtigen Wilder dem anderen die Schuld aufbürden. Jeder nannte den andern einen Arbeiterverführer.

Wir haben dazu weiter nichts zu sagen, sondern verweisen nur auf das bittere Ende, das jetzt mit der Schließung lebenswichtiger Wirtschaftsknoten nachzufolgen droht, und auf die neuesten Streikverbrechen in sächsischen Revieren. Wenn die Arbeiterschaft aus alledem nicht lernt, gibt's für sie keine Lehre mehr!

Rufen für Nahrung.

Aus dem Gang wird gemeldet: Seit dem 25. Mai abends sind die Häuser von Steinbrühen aus Deutschland nach Holland wieder aufgenommen. Vorläufig kommen täglich zwei Lüge. Wahrscheinlich wird diese Zahl demnächst erhöht werden. Es handelt sich um Lieferungen für Lebensmittel.

Billige Triumphe und ernste Niederlagen.

Hunger und Elend treiben den Unabhängigen verbitterte Arbeiter zu. Deren ist kein Zweifel. Aber ihre widerliche und gewissenlose Demagogie veranlaßt einen ihrer Führer nach dem andern, diesem Haufen von Ericksenpolitikern den Rücken zu wenden. Nach Eduard Bernstein und Ströbel, nach Kautzky und Hilferding, die völlig verkommen sind, sind es jetzt die Hamburger Unabhängigen-Führer Dr. Berg und Dr. Westriepke, die sich von der brutalen Gewalttätigkeit der U. S. W. loslösen und ein tapferes Bekenntnis zur Demokratie ablegen. In der Freiheit fordert der unabhängige Parteivorstand, daß zu Arbeiterräten, die Diskaturgewalt haben sollen, nur noch Unabhängige und Kommunisten das Wahlrecht behalten dürfen. Die Scheidung der Arbeiter vollzieht sich. Was Bergland und Gewissen hat, kehrt zum Erfrühter Programm zurück und übrig bleibt ein Haufe von schlechtherrlichen Anarchisten, die wegen der jetzigen Zeitumstände vorübergehende Erfolge haben, aber rasch genug konterrot machen werden.

Protest Erzbergers gegen die Pfälzer Umtriebe.

Berlin, 25. Mai. In Ergänzung des bereits gemeldeten Protestes vom 23. Mai gegen die beabsichtigte Besetzung einer neutralen Republik Pfalz hat Reichsminister Erzberger heute ein Telegramm an General von Hammerstein in Spa geschickt, mit dem Auftrag, es noch im Laufe des Tages durch einen dritten Boten dem General Huband zuzuschicken. In dem Telegramm heißt es: Der Regierungspresident der Pfalz, von Winterstein, der, wie hier bekannt, sich den Bestrebungen des General Görard unterhaltenen Vier-Vierteljahres in London auf Ausübung eines selbständigen Republikans auf schärfste widersetzt, ist zu lange weise über den Rhein abgezogen worden. Sämtliche päpstlichen Beamten sind von den französischen Besatzungsbefehlshabern aufgefordert worden, der geplanten neuen Regierung der selbständigen Republik Pfalz, die aus der Mitte der 21 Kantone hervorgeht, unter Führung der im Telegramm vom 23. Mai genannten Haas, Schenk und Rofers gebildet werden soll, den Transit zu leisten. General Görard hat eine Bekanntmachung für die Pfalz erlassen, in der es heißt: „Es ist dem Generalkommando der fran-

zösischen Armee zur Kenntnis gekommen, daß Bombardier Detachement wegen ihrer sympathischen Gesinnung für Frankreich seitens deutscher Beamten Ungelegenheiten erfahren müßten. Solche Handlungen seitens jener Beamten bilden einen Mißbrauch der Amtsbefugnisse und einen Verstoß gegen die Befehle des Marschalls Hoch sowie eine Unkorrektheit dem siegreichen und wohlwollenden Frankreich gegenüber.“ Schließlich wird in dieser Bekanntmachung erklärt, daß das französische Besatzungskommando der Pfalz allen Bestrebungen auf Selbstbestimmung einer pfälzischen Republik im Anschluß an Frankreich wohlwollende Förderung zuteil werden lassen wird und alle gegenseitigen Schritte zu unterstützen bereit ist.

Die deutsche Regierung erhebt gegen das Vorgehen des französischen Oberbefehlshabers in der Pfalz erneut scharfe und feierliche Proteste. Die deutsche Regierung kann nicht annehmen, daß in dem Zeitpunkt, da in Versailles die Bevollmächtigten der deutschen Regierung und der alliierten und assoziierten Regierungen zwecks Verbeilehrung des Friedensschlusses zusammengetreten sind, ein offenkundiger Rechtsbruch und eine flagranter Verletzung des Selbstbestimmungsrechts, als welches das Vorgehen des General Görard bezeichnet werden muß, mit Billigung des Höchstkommmandierenden der alliierten Streitkräfte, Marschalls Hoch, und mit Billigung der französischen Regierung erfolgt. Die deutsche Regierung glaubt daher schon jetzt nicht ohne Erfolg an die von allen Völkern und Nationen gebilligten Grundsätze des Völkerbundes und der Gerechtigkeit, wie der internationalen Moral appellieren zu können, indem sie die sofortige Absetzung des französischen Oberbefehlshabers in der Pfalz und die sofortige Rücknahme seiner Vergewaltigungsmassregeln erwartet.

Die neue finnische Verfassung

soil nach einer Stockholmer Meldung dem Landtag vorgelegt werden. Finnland soll zur souveränen Republik ausgerufen werden, deren Präsident auf sechs Jahre gewählt wird. Die gleichzeitige Gewalt wird geteilt sein: dem Rigsdag und dem Präsidenten ausgeübt. In den Händen des Präsidenten liegt die oberste vollziehende Gewalt. Als nationale Sprachen werden das Finnische und das Schwedische gelten. Dem Präsidenten ist ein Vetorecht gegenüber gesetzlichen Maßnahmen eingeräumt. Ihm steht die Entscheidung über Krieg und Frieden, über den Abschluß von Verträgen mit den auswärtigen Mächten zu, wie er auch den Rigsdag auflösen kann. Dieser Verfassungsentwurf, der deutlich die Mitarbeit der Entente erkennen läßt, beläßt den finnischen Reichstag fast in derselben Rolle, die die Duma zu Zeiten Stolpinski spielte.

Ein Zugeständnis in der Saargebietfrage.

Verfaßtes, 25. Mai. Die heutigen Morgenblätter berichten die Meldungen der gestrigen englischen Blätter aus Paris, nach denen der Vizekanzler einige Punkte der Vorschläge über das Saarbecken geändert habe. Die Journalen weisen auf, hat der Vizekanzler die Forderung fallen gelassen, daß Deutschland den Verkauf des Saarbeckens in Gold bezahlt, falls die nach 15 Jahren stattfindende Volksabstimmung zugunsten Deutschlands ausfallen sollte. Die Verfassung sieht vor, daß Deutschland sein Rückkaufsrecht nicht durch Zahlung in Metallgold, sondern auch durch andere Vermögensgegenstände geltend machen kann. Der Vizekanzler machte dieses Zugeständnis besonders im Hinblick auf den Umstand, daß das Selbstbestimmungsrecht der Einwohner des Saarbeckens für Deutschland entscheidend haben würde, aber Deutschland den Rückkauf in Gold nicht hätte vornehmen können und das Saarbecken in diesem Falle nach sechs Monaten ohne weiteres Frankreich zugefallen wäre, wie dies in der ursprünglichen Fassung festgesetzt war. Die Blätter erwarten, daß die Antwort Clemenceaus auf Brockschotts Note über das Saarbecken im Laufe des heutigen Tages der deutschen Friedensdelegation zugestellt werde. Vertis Journal gibt zu, daß dies das erste Zugeständnis sei, das die Verbündeten machten, aber Brockschotts-Kampagnen solle nur nicht seinen Ehrgeiz allzu hoch einstellen, weil eine seiner unabhängigen Beschwerden als gerechtfertigt befunden war und der Verband ihm gern nachgegeben habe. Einmal sei nicht jedesmal.

Eine deutsche Note über die Schuld- und Entschädigungsfrage.

Verfaßtes, 26. Mai. Gestern vormittag hat die deutsche Delegation in Versailles der Entente eine weitere Note aufstellen lassen, die eine Kritik auf die Note Clemenceaus über die Schuld- und Entschädigungsfrage darstellt. Die neue deutsche Note widerlegt ausführlich die falsche Bezugnahme auf die Note Lansing vom 5. November 1918 und die Sinnverbreitung des dort verwendeten Wortes Aktion in der Antwort Clemenceaus. Die deutsche Note gibt in sehr weitem Umfange die Erklärungen Deutschlands in Belgien und Nordfrankreich an, stellt aber die gleichen Erfahrungen Deutschlands für die Schäden der Hungerkatastrophe fest und bestreitet nochmals die alleinige Kriegsschuld Deutschlands energisch, indem sie die Unterstützung durch das internationale Schiedsgericht fordert. Die Bedeutung der Note liegt darin, daß sie die Schuldfrage, die sich immer mehr als der Mittelpunkt der ganzen gegnerischen Verwickelungen herausstellt, zur endgültigen Erörterung stellt.

Dauernde Besetzung deutscher Städte.

Verfaßtes, 26. Mai. Daily Mail meldet aus Koblenz, daß die englischen und amerikanischen Besatzungsformationen des Saarbeckens durch den Fall der Rückübertragung des Friedensvertrags durch Deutschland, als sei unter anderem die Abgabe Besetzung für große deutsche Städte der Tag und Nacht durch Flugzeuge, namentlich Berlin und München, vorbereitet. Eine große Anzahl von Flugzeugen sei bereits am Rhein eingetroffen.

Generalfreilich in allen Ländern?

Köln, 25. Mai. In einer Sozialistenversammlung in Mailand kündigte Herrati vom Abend einen 24stündigen gemeinsamen Generalfreilich der Sozialisten aller Länder an als Protest gegen die gegenwärtigen Friedensbedingungen.

Die Politik der Kommunisten.

1. Der Sozialistbund läßt „Befehle über den Frieden“ erschreiben, die ein überaus interessantes, mit logischer Konsequenz aufgearbeitetes Programm der Kommunisten in der Friedensfrage darstellen. Es wird darin zunächst auseinandergesetzt, daß bei den gegenwärtigen Regierungsverhältnissen sowohl die Unterzeichnung des Friedensvertrags als auch die Belagerung, ihn zu unterzeichnen, für Deutschland eine Katastrophe bedeuten. Der entente-kapitalistische Charakter der Friedensbedingungen, deren Zweck es ist, das arbeitende Deutschland und den Sozialismus zu zerstören, wird in voller Klarheit erkannt und mit größter Schärfe bezeichnet.

Ein vernünftiges Urteil fällt der Sozialistbund dabei nicht nur — wie natürlich — über die Politik der Mehrheitssozialisten, sondern noch viel mehr über die der Unabhängigen. Die Unabhängigen treten bekanntlich für die Unterzeichnung des Friedensvertrags ein. Der Sozialistbund antwortet ihnen darauf:

Die Unterzeichnung würde das Land dem wirtschaftlichen Untergang, dem ausweglosen Elend zuführen. Untergang der Industrie und des Handels, Vernichtung der Landwirtschaft, Zusammenbruch der Staatsfinanzen unter dem doppelten Druck des Tributs an die Sieger und der Inkassierung an das inländische Kapital für die Kriegsschulden.

Von der Haltung der Unabhängigen wird denn gesagt, sie sei bitter von absoluter Hilf- und Ratslosigkeit, von Passivität und Feigheit, von der absoluten Unfähigkeit, zu handeln. Nach dieser vernünftigen Kritik werden die Unabhängigen die Verleumdung, es gäbe links von den Mehrheitssozialisten eine „proletarische Streikfront“, nicht mehr aufrecht erhalten können. Schärferer Gegenstand als die zwischen Unabhängigen und Kommunisten in der Friedensfrage lassen sich überhaupt nicht denken.

Der Sozialistbund spricht dann, nachdem er seiner Überzeugung gemäß sowohl die mehrheitssozialistische wie auch die un-